

Beschluss des Kreisvorstandes von B'90/Die Grünen Tübingen vom 03.02.2008 zur Diskussion um den Einsatz eines deutschen Bundeswehr Kampfverbandes im Norden von Afghanistan, im Auftrag der Kreismitgliederversammlung vom 30.01.2008. Unterstützt von Winfried Hermann, MdB, und Christian Kühn, LaVo Baden-Württemberg.

Dieses Papier fasst die Debatte im grünen Kreisverband Tübingen über die aktuelle Entwicklung in Afghanistan und die Konsequenzen für die Politik von B'90/Die Grünen zusammen.

Kampfeinsätze sind keine Wiederaufbauhilfe

Quick Reaction Force

Wir Grünen in Tübingen lehnen den Einsatz eines deutschen Kampfverbandes (QRF) in Afghanistan ab. Es deutet einiges darauf hin, dass die Bundeswehr ab Juli 2008 die bisher von Norwegen gestellte schnelle Eingreiftruppe (Quick Reaction Force) in Nordafghanistan ersetzen soll. Dem Bundesverteidigungsministerium liegt eine konkrete Anfrage der NATO vor. Dies würde bedeuten, dass aus den bisher in Nordafghanistan stationierten Stabilisierungstruppen und Einheiten aus Deutschland ein Kampfverband mit bis zu 250 Soldaten gebildet würde. Diese neue Bundeswehreinheit unterscheidet sich durch Ausrüstung, Ausbildung und Auftrag deutlich von den bisher eingesetzten Einheiten. Damit würde eine neue Qualität des Bundeswehr-Engagements in Afghanistan erreicht werden. Denn das Isaf-Mandat würde soweit gedehnt, dass es wie die OEF zur so genannten Aufstandsbekämpfung dienen würde. Die Verstrickung deutscher Einheiten in Kampfsituationen mit der Folge von getöteten Soldaten wäre dann keine Ausnahme mehr, sondern ein realistisches Szenario.

Ausdruck von Hilflosigkeit und Versagen

Angesichts der aktuellen Forderungen der USA und der NATO nach einer Ausweitung des deutschen Afghanistan-Einsatzes bis in den Süden ist die Entsendung einer schnellen Eingreiftruppe neu zu bewerten. Denn durch die Anfrage der USA und der NATO wird deutlich, dass ihre bisherige Afghanistan-Strategie einer militärischen Konfliktlösung grandios gescheitert ist. Der Ruf nach neuen zusätzlichen deutschen Ersatztruppen ist Ausdruck von Hilflosigkeit und Versagen. Doch diese werden nicht mehr Sicherheit bringen, sondern die Gefahr einer weiteren militärischen Eskalation. Das Sterben und Töten würde zwar auf die NATO breiter verteilt. Ein Neuanfang sieht

freilich anders aus. Es ist mittlerweile klar, dass dieser Krieg militärisch nicht mehr zu gewinnen ist. Deshalb ist die Forderung nach der Entsendung einer schnellen Eingreiftruppe unter deutscher Führung der falsche strategische Weg und weiterer Schritt Deutschland in eine militärische Eskalation zu ziehen und dies übrigens gegen den Willen der übergroßen Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Wir Grünen in Tübingen lehnen deshalb eine wie auch immer geartete militärische Aufstockung oder Ausweitung des deutschen Afghanistan-Einsatzes ab.

Strategiewechsel erforderlich

Es ist zu befürchten, dass sich mit der Entsendung einer schnellen Eingreiftruppe endgültig die Prioritäten innerhalb des deutschen Engagements verschieben würden. Weg vom Wiederaufbau hin zum Kampfeinsatz. Diese Verschiebung lehnen wir ab. Es bedarf eines Strategiewechsels weg von militärischen Optionen hin zu zivilen Lösungen. Der Wiederaufbau Afghanistans muss zu einem erfolgreichen zivilen Ende geführt werden, diesem Ziel steht der diskutierte Einsatz einer schnellen Eingreiftruppe entgegen - denn Kampfeinsätze sind keine Wiederaufbauhilfe. Mit dieser Forderung nach einem Strategiewechsel stehen wir Grünen nicht alleine. Selbst der afghanische Präsident Hamid Karsai vertrat kürzlich in einem Interview eine ähnliche Position. Er äußerte sich skeptisch über die Entsendung weiterer Truppen und forderte stattdessen, sein Land beim Aufbau staatlicher Institutionen verstärkt zu unterstützen.

Wir Grünen in Tübingen nehmen diese Bitte ernst und wollen zu unserer Verantwortung gegenüber der Menschen in Afghanistan stehen. Die Probleme in Afghanistan können und müssen mit zivilen Mitteln und nicht mit einer Ausweitung des deutschen Militäreinsatzes gelöst werden. Die falsche Afghanistan-Strategie der Bundesregierung und der NATO dürfen wir nicht länger mittragen. Statt finanzielle und personelle Mittel hier sinnlos zu binden, fordern wir diese für den Aufbau der folgenden Projekte einzusetzen:

- Aufstockung der Mittel für den Polizeiaufbau
- Aufbau des Justizwesens
- Strategie gegen die Drogenwirtschaft entwickeln, mit alternativen Erwerbsmöglichkeiten für die Bevölkerung
- Verstärkte Anstrengungen beim Wiederaufbau der Infrastruktur gerade in ländlichen Regionen

Bundestag und Isaf-Mandat

Unserer Auffassung nach ist ein Einsatz einer schnellen Eingreiftruppe nicht ohne weiteres über das Isaf-Mandat abgedeckt und bedürfte deshalb der Zustimmung des deutschen Bundestages. Selbst in

der Bundeswehr gibt es Zweifel darüber, ob ein solcher Einsatz vom deutschen Isaf-Mandat abgedeckt ist. Das norwegische Kontingent nahm bspw. im Herbst 2007 an einer Offensive gegen Aufständische an der Grenze zwischen dem Norden und Westen teil. Dieses Gebiet liegt außerhalb des vom Bundestag beschlossenen Einsatzgebietes für die deutschen Isaf-Truppen. Deshalb ist zu befürchten, dass der Einsatz einer schnellen Einsatztruppe nicht zwangsläufig nur auf den Norden von Afghanistan beschränkt bliebe. Wir Grünen in Tübingen lehnen eine mit einem solchen Einsatz zu befürchtende schleichende Ausdehnung der bisherigen Mandatsgrenzen ab. Es darf zu keiner heimlichen Mandatserweiterung durch die Bundesregierung kommen. Wir können die Position unserer grünen Bundestagsfraktion zur Mandatsfrage nur begrenzt nachvollziehen. Zwar teilt die Bundestagsfraktion unsere Bedenken hinsichtlich einer Mandatserweiterung und fordert die Bundesregierung auf, gegenüber dem Bundestag zu garantieren, dass die Mandatsgrenzen eingehalten werden. Sie zieht daraus aber keine parlamentarischen Konsequenzen. Für uns kann dies nur im Verfahren über eine neue Abstimmung im Bundestag über den Einsatz einer schnellen Eingreiftruppe erfolgen. Denn die letzte Entscheidung über diesen Bundeswehreinsatz kann nur der Bundestag fällen.

Konsequenzen aus dem Sonderparteitag in Göttingen

Bei der außerordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz in Göttingen wurde ein Beschluss gefasst, der einem weiteren militärischen Engagement, wie zum Beispiel die Entsendung einer schnellen Eingreiftruppe oder der Aufstockung der deutschen Truppen in Afghanistan, deutlich eine Absage erteilt. Im Beschlossenen Antrag steht: „Falls es nicht zu einem von uns geforderten erkennbaren Kurswechsel kommt, bedeutet das in der Konsequenz, dass sich die Bundeswehr komplett aus Afghanistan zurückziehen muss.“ Angesichts der Entwicklung der letzten Wochen wird deutlich, dass die Bundesregierung und die NATO nicht bereit ist einen Kurswechsel zu vollziehen. Wir Grünen in Tübingen fordern deshalb die Bundestagsfraktion auf, endlich den Göttinger Beschluss zur Leitlinie der grünen Afghanistanpolitik zu machen. Auch wenn das in der Konsequenz den völligen Rückzug der deutschen Truppen aus Afghanistan bedeuten kann.

Forderungen der Grünen in Tübingen

Deshalb fordern wir Grünen in Tübingen den Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion dazu auf, sich für eine Abstimmung über die schnelle Eingreiftruppe im deutschen Bundestag einzusetzen und diesen Einsatz als Fraktion abzulehnen. Es darf von uns Grünen nicht hingenommen werden, dass die Rechte des deutschen Parlaments als letztendliches Entscheidungsorgan bei einem Bundeswehreinsatz zunehmend ausgehöhlt werden. Die Grünen auf der Bundesebene müssen

endlich unseren Beschluss vom Parteitag in Göttingen ernst nehmen und zur Leitlinie ihrer Afghanistanpolitik machen. Der Beschluss von Göttingen erteilt eindeutig eine Absage an eine Ausweitung des deutschen militärischen Engagements in Afghanistan und fordert eine massive Aufstockung der Mittel für den zivilen Wiederaufbau. Wir Grünen müssen offensiv für einen radikalen Strategiewechsel eintreten. Denn ein weiter so kann nicht länger toleriert werden und wird zu einer militärischen Eskalation mit verheerenden Folgen führen.